

„Behörden handelten unverantwortlich“

Kai Weber vom Flüchtlingsrat zum missglückten Abschiebungsversuch und zum Leben der Roma in Serbien

Vor drei Wochen musste die Abschiebung einer Roma-Familie im Asylbewerberheim in Kralenriede abgebrochen werden – die Mutter von vier Kindern drohte, sich umzubringen (wir berichteten). Über die missglückte Abschiebung und die Situation von Roma in Serbien sprach Katja Dartsch mit Kai Weber vom Flüchtlingsrat Niedersachsen.

Herr Weber, wie bewertet der Flüchtlingsrat den nächtlichen Abschiebungsversuch?

Das war unverantwortlich. Die Frau ist psychisch schwer krank und befindet sich deshalb seit langem in ärztlicher Behandlung.

Der Psychiater des Gesundheitsamtes hatte geraten, die Abschiebung unangekündigt durchzuführen, um der Familie und der psychisch labilen Frau Stress zu ersparen...

Wieso eine unangekündigte Abschiebung nachts um drei Uhr geeignet sein sollte, Stress zu ersparen, wird das Geheimnis des Gesundheitsamtes der Stadt Braunschweig sowie der verantwortlichen Mitarbeiter in der Ausländerbehörde bleiben.

Das Verhalten der Behörden zeugt von einem leichtfertigen und fahrlässigen Umgang mit einer psychisch kranken Patientin. Ihre suizidale Neigung war vorher bekannt, und durch das nächtliche Eindringen von Beamten geriet sie in Panik. Statt eine Behandlung der Kranken zu ermöglichen, wurde versucht, das Problem durch Abschiebung zu entsorgen.

Die vier Kinder im Alter von sechs bis elf Jahren haben das nächtliche Drama miterlebt...

Das überraschende nächtliche Eindringen uniformierter Beamter ist für Kinder ein traumatisierendes Erlebnis. Insbesondere, wenn eine psychische Erkrankung der Mutter vorliegt, deren Panik sich natürlich auf die Kinder überträgt.

Ich finde es nicht schlüssig, dass die Frau vom Amtsarzt als „reisefähig“ eingestuft wurde, aber gleichzeitig empfohlen wurde, die Familie unangekündigt abzuschicken, weil befürchtet wurde, die Frau könne sich etwas antun. Widerspricht sich das nicht?



Das Asylbewerberheim in der Boeselagerstraße in Kralenriede.

Archivfoto: Rudolf Flentje

Das ist der Kern des Problems und hängt mit der Definition von „Reisefähigkeit“ des Innenministeriums zusammen. Da geht es lediglich darum, ob die Patientin die Zeit, in der Bundesgrenzschutz und Polizei für sie zuständig sind, ohne Schaden überlebt. Diese Zeit endet mit der Ankunft am Flughafen im Heimat-

„Man darf nicht um jeden Preis abschieben. Das kann nicht richtig sein.“

Kai Weber, Flüchtlingsrat

land. Was mit der Frau danach passiert, spielt keine Rolle mehr. Wir aber finden: Die Verantwortung für diese Menschen darf nicht am Flughafen enden!

Der Asylantrag der Familie war bereits im Mai 2011 abgelehnt worden. Den Aufforderungen, freiwillig auszureisen war die Familie nicht nachgekommen, obwohl der Staat die Reisekosten bezahlt hätte. Welche Lösung sehen Sie?

Man darf nicht um jeden Preis abschieben. Das kann nicht richtig sein. Warum lässt man die Familie nicht drei Monate länger in Deutschland und ermöglicht eine Therapie?

Von der Forderung, dass die Familie das Land zu verlassen hat, muss man ja nicht abweichen – aber ich halte es für falsch, dies mit polizeilicher Gewalt durchzusetzen.

Der Familienvater hat erklärt, dass er als Roma in Serbien kaum eine Chance habe, eine Arbeit zu bekommen, und dass seine Familie diskriminiert wird. Wie sieht die Lebenssituation von Roma in Serbien aus?

Nach einer Studie aus dem Jahr 2006 lebten fast 60 Prozent der Roma in Serbien von weniger als 55 Euro im Monat, jeder Vierte hatte sogar weniger als 30 Euro pro Monat zur Verfügung. Eine andere Untersuchung von 2008 stellte eine umfassende Diskriminierung der Roma im Bildungs- und Gesundheitssystem, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie institutionelle Diskriminierung durch Polizei und Behörden fest.

Obwohl diese Situation seit Jahren bekannt ist, lebt die Mehrheit der Roma in Serbien weiterhin in illegalen Wohnsiedlungen, in denen sie sich nicht registrieren können und damit keine Papiere und keinen Zugang zu Sozialleistungen oder Bildung erhalten.

Dennoch wird ein Großteil der Asylanträge von Roma aus Serbien bei uns abgelehnt...

Das Bundesamt für Migration lehnt die überwiegende Zahl der Anträge als „offensichtlich unbegründet“ ab und bewertet auch vorgebrachte Bedrohungen und Angriffe mit rassistischem oder nationalistischem Hintergrund als nicht glaubhaft oder lebensfremd.

Dabei wird die Tatsache verkannt, dass alltäglicher Antiziganismus – also die „Zigeunerfeindlichkeit“ –

die potenzielle Gefahr pogromartiger Übergriffe bedeutet. Weit verbreitete Vorurteile führen zu einem Klima der Diskriminierung, das sich neben Angriffen und Bedrohungen auch in einer mangelnden Verfolgung von Straftaten gegenüber Roma manifestieren kann.

Diesen Zusammenhang formuliert das Bundesamt selbst in allen ablehnenden Bescheiden zu Roma aus Serbien wie folgt: „Roma gehören meist den untersten sozialen Schichten der Bevölkerung an; dabei kommt es zu Benachteiligungen durch die Behörden, parallel zu den in der Gesellschaft bestehenden Vorurteilen.“

Der Anwalt der Familie hat in der Redaktion angerufen. Er glaubt, dass seine Klienten mitten in der Nacht abgeschoben werden sollten, damit ihm keine Zeit bleibt, einen Eilantrag beim Verwaltungsgericht zu stellen. Wie sehen Sie das?

Ich habe keine Zweifel an der Darstellung der Behörden, dass die Flugzeiten ursächlich für die frühe Festnahme der Familie waren.

Ist es richtig, dass „Schlepperbanden“ Roma mit falschen Versprechungen nach Deutschland locken?

Es ist richtig, dass falsche Vorstellungen über das Leben in Deutschland kursieren. Aber es ist falsch, die Flucht der Menschen allein darauf zurückzuführen. Der Druck der Verhältnisse in Serbien treibt die Roma, ihr Heil in der Flucht zu suchen. Das ist das eigentliche Problem.